

– Essay –

Die '68er und die DDR:
Gedanken zu einem unerschlossenen Thema

Detlef Pollack

Was ein '68er ist, ist nicht ganz klar. Zählt zu den '68ern nur, wer auch an den Demonstrationen der Jahre 1967/68 teilgenommen hat? Dann wäre die Zahl der 68er in Deutschland sehr klein, denn die Teilnehmerzahl an diesen Demonstrationen überstieg kaum die Zahl von 120.000. Oder ist mit dem Begriff des '68ers eine bestimmte, antiautoritäre, antihierarchische Einstellung, ein bestimmter institutioneller Affekt gemeint? Oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten durch ähnliche Erfahrungen geprägten Gruppe? Unter Rückgriff auf einen Vorschlag von Heinz Bude verwende ich hier einen weiten Begriff des 68ers. Ich verstehe ihn als einen Generationsbegriff zur Kennzeichnung derjenigen, die etwa zwischen 1938 und 1948 geboren worden sind und durch die Erfahrung des anti-autoritären Protestes geprägt wurden.

Ich bin kein '68er. Schon von meinem Alter her kann ich es nicht sein, denn im Frühling 1968 war ich gerade einmal 12 Jahre alt. Aber ich kann es auch deshalb nicht sein, weil ich aus der DDR stamme und damit zu jener Spezies von Deutschen gehöre, die so wie die kritisierten Eltern der '68er autoritätsgläubig, unpolitisch und unterindividualisiert geblieben sind und damit das Kriterium des vollgültigen Menschentums per definitionem verfehlen. Es ist nicht uninteressant, wie die '68er über die DDR und die Menschen, die das DDR-System durchlaufen haben, urteilen, denn zu untersuchen, wie jemand mit dem Fremden umgeht, bildet eine gute Möglichkeit herauszufinden, wie er sich selbst versteht. Und die DDR ist

für die '68er das Fremde, das Unverständliche, das bedrohlich Unbekannte, das Skandalon schlechthin. Welches Bild also haben die '68er von der DDR?

Um dieses Bild zu rekonstruieren, beziehe ich mich auf meine Begegnungen, die ich mit '68ern in der Zeit seit der Wende gehabt habe. Es ist klar, dass ihnen die DDR als Unrechtsstaat, als Diktatur und totalitäres System erscheint. Die DDR war in ihren Augen durch autoritäre Strukturen gekennzeichnet. Aber nicht darauf liegt der Ton. Wichtiger ist den '68ern vielmehr, dass es in der DDR trotz der autoritären Verhältnisse keinen ernsthaften Widerstand gegeben hat, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung angepasst verhalten und gegen die Repressivität des politischen Systems nicht aufbegehrt hat.

In meinem Gesprächen mit den '68ern habe ich immer wieder versucht, darauf hinzuweisen, dass vielleicht das eine mit dem anderen zu tun hat und dass nicht, obwohl das DDR-System repressiv war, der Widerstand ausblieb, sondern vielleicht gerade deshalb. Diesen Einwand aber wollen die '68er nicht gelten lassen. Nicht die totalitären Herrschaftsmethoden, die geringen Opportunitätsspielräume und sicherheitsdienstliche Einschüchterungsmaßnahmen seien für die Anpassungsbereitschaft der ostdeutschen Bevölkerung verantwortlich zu machen, sondern ihre obrigkeitliche Orientierung, die ein Erbstück der deutschen Tradition einer unpolitischen Untertanenkultur sei. Autoritätsgläubigkeit, Gehorsam, Mangel an zivilem Engagement seien ebenso Merkmale des deutschen Charakters wie die Orientierung auf Ordnung, Fleiß und Sauberkeit. Die DDR habe alte preußische Traditionen stärker bewahrt als die sich im Laufe ihrer Geschichte immer mehr westlich öffnende Bundesrepublik. Das Standbild des alten Fritz sei in den 80er Jahren nicht zufällig „Unter den Linden“ wieder aufgestellt worden. Schon wenn man mit dem Auto von Berlin in die Provinz fahre, spüre man etwas davon, wie im Osten Deutschlands die Zeit stehen geblieben sei. Die alten baumumstandenen Alleen seien rührend. Sie erinnerten einen an die eigene Kindheit in den 50er Jahren, als es solche Alleen auch noch im Westen Deutschlands gegeben habe. Aber sie seien eben auch ein Hinweis auf den Traditionalismus und Provinzialismus der ostdeutschen Kultur, auf die Enge und Zurückgebliebenheit der

ostdeutschen Mentalität. Und im Übrigen seien sie kreuzgefährlich, wie ja auch an den hohen Unfallraten in Brandenburg zu ersehen. Den Mangel an Zivilcourage während der Zeit der DDR führen die '68er weniger auf die autoritären Strukturen des DDR-Systems zurück als auf den Mief und Muff jener Obrigkeitshörigkeit, die sie als typisch deutsch ansehen.

In der DDR fehlte es nach Auffassung der '68er aber nicht nur an zivilgesellschaftlichem Engagement, sondern auch an einem Verständnis für die Funktionsmechanismen der Moderne. Die Bedeutung von intermediären Institutionen, von Recht, Markt, Geld und Parlamentarismus hätten die Ostdeutschen nie so recht begriffen. Wie sollten sie auch, da es in der DDR diese Institutionen nicht oder nur in rudimentärer Form gegeben habe? Die Einsicht in die prinzipielle Konflikthaftigkeit der Gesellschaft und in die dieser Einsicht korrespondierende Notwendigkeit von Konfliktregelungsmechanismen habe sich daher nicht entwickeln können. Wenn die Ostdeutschen über Politik redeten, dann nicht über die allen demokratischen Prozessen zugrunde liegende Verfahrensrationalität, sondern über die materialen Ergebnisse der Politik. Die Ostdeutschen hätten kein formales, sondern ein substantielles Politikverständnis. Daher lehnten sie die westdeutsche Demokratie ab. Es sei pures Unverständnis, das sie zu diesem Schritt treibe. Sie hätten die Spielregeln der Demokratie nicht begriffen und könnten mit Demokratie und Pluralismus, mit modernen Verfahren zur Lösung von Konflikten und Rechtsstaatlichkeit einfach nichts anfangen.

An die Stelle der Akzeptanz von rationalen Verfahren zur Konfliktbearbeitung trete bei ihnen ein diffuses Gefühl der Gemeinschaftlichkeit, eine Orientierung am Konsens und der Wille, Konflikte zu überspielen und verbindende Rituale zu pflegen. Die ehemaligen DDR-Bürger könnten nicht anders; sie hätten eine konstruktive Streitkultur nie erlebt, sondern nur einen paternalistisch über sie verfügenden Staat.

Das Bild der harmoniesüchtigen DDR-Bürger wird auch auf die Bürgerrechtsgruppen und Oppositionszirkel, die großteils unter dem Dach der evangelischen Kirche agierten, und auf die Kirche selbst übertragen. Auch die Bürgerrechtsgruppen hätten sich an die Erwar-

tungen des DDR-Systems angepasst, die DDR nicht abschaffen, sondern nur reformieren wollen und dabei auf ein romantizistisches Gesellschaftsmodell zurückgegriffen. Nicht die liberale Demokratie sei das Ziel gewesen, auf das hin sie die DDR hätten reformieren wollen, sondern eine Kultur der unmittelbaren Demokratie, die den Ausgleich zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen durch Verständigung und Basisdemokratie zu erzielen versucht und dabei auf Staat, Parteiensystem, Parlamentarismus, Recht und andere moderne Steuerungsinstrumente verzichtet. Hinter ihrem Modell von Gesellschaft als einer irgendwie basisdemokratisch, harmonisch sich selbst verwaltenden Gemeinschaft stehe ein antidemokratisches und antiinstitutionelles Denken, das spezifisch deutschen Denkmustern verhaftet sei und sich letztendlich als unrealisierbar erwiesen habe. Neben den Vorwurf der Anpassung und Harmoniesucht tritt damit gegenüber den Oppositionsgruppen der nicht minder diskreditierende Utopismusverdacht.

Ganz ähnlich lauten die Vorbehalte gegenüber dem Weg der evangelischen Kirche in der DDR. Ihre Selbstdefinition als Kirche im Sozialismus verweise auf das Weiterwirken der Tradition des deutschen Gemeinwohldenkens. Die Sozialismusaffinität des ostdeutschen Protestantismus wurzele in der antikapitalistischen Gemeinwohrrhetorik, die seit dem 19. Jahrhundert in den evangelischen Kirchen Platz gegriffen und eine rationale Einstellung zu Marktwirtschaft, Demokratie und Pluralismus verhindert habe. Wenn die Kirchen sich an das DDR-System anpassten, dann hätten sie die seit dem 19. Jahrhundert beobachtbare antikapitalistische Orientierung nur weitergeführt und statt der gebotenen Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Staat das konfliktfreie Verhältnis zur Obrigkeit gesucht. Auch hier wird das Ausbleiben des Widerstandes durch das Weiterwirken spezifisch deutscher Denktraditionen erklärt.

Dieser Sicht der Dinge habe ich in meinen Gesprächen mit den '68ern immer wieder entgegengehalten, dass die Selbstdefinition der Kirche in der DDR als Kirche im Sozialismus als der Versuch zu verstehen ist, aus der konterrevolutionären Ecke herauszukommen, in die der SED-Staat die Kirche immer wieder hineintreiben wollte. Indem die Kirche sich als eine für die Entwicklung der DDR aufge-

schlossene Institution dargestellt habe, habe sie – so bemühte ich mich, deutlich zu machen – den Versuch unternommen, der SED das Angebot zu unterbreiten, die Kirche nicht nur als zu bekämpfenden Feind zu sehen, sondern ihr ein Lebensrecht auch unter sozialistischen Gesellschaftsbedingungen zuzugestehen. Ein Eintreten für die Prinzipien der parlamentarischen Demokratie hingegen hätte die Kirche sofort als sozialismusfeindlich identifizierbar gemacht. Wenn man sich nicht kriminalisieren lassen wollte, sei es notwendig gewesen, den Sozialismusbegriff positiv oder zumindest nicht negativ aufzugreifen und auf das Einklagen von politischen Grundrechten zu verzichten. Mit dieser Strategie habe die Kirche auf die großen Veränderungen in der DDR verzichtet und stattdessen sich darum bemüht, auf der Basis einer möglichst breiten Übereinstimmung mit den Machthabern in der DDR partiell Kritik zu üben. Um diese Kritik vorbringen zu können, sei aus taktischen Gründen ein Mindestbestand an Konsens notwendig gewesen. In diesen taktischen Konsens falle auch der Gebrauch des Sozialismusbegriffes, mit dem einen ansonsten inhaltlich wenig verbunden habe. Nicht die Herstellung der Demokratie, nicht die Überwindung der Berliner Mauer oder die Abschaffung des Sozialismus habe auf der Tagesordnung des politischen Handelns in der DDR gestanden, sondern allenfalls die Einhaltung der vom Staat selbst erlassenen Gesetze, die Respektierung der Menschenwürde und etwas mehr Menschlichkeit im Umgang mit den Bürgern in der DDR. Die Verbesserungen, die hätten erreicht werden können, hätten stets nur kleine sein können.

Meine Einwände wurden von den '68ern nicht akzeptiert. Sie hielten an ihren Thesen über die DDR fest, obwohl der Widerspruch eines Zeitzeugen sie doch hätte stutzig machen können. Sie behaupteten weiterhin, dass die DDR der deutschere Teil Deutschlands gewesen sei, dass das Arrangement mit den totalitären Verhältnissen des DDR-Systems auf die deutsche Tradition obrigkeitsstaatlichen Denkens zurückzuführen sei, die Mehrheit der DDR-Bürger sich als unfähig erwiesen hätte, den Schritt von der Gemeinschaft zur Gesellschaft zu gehen, und sie es versäumt hätten, sich von utopischen Gesellschaftsmodellen zu lösen. Sie wiederholten ihre Thesen so lange, bis ich begriff, dass sie gar nicht über die

DDR redeten, sondern dass sie, wenn sie über die DDR sprachen, ihre eigene Geschichte erzählten.

Diese Geschichte ist die Geschichte der Loslösung von der Fixierung auf die Obrigkeit, die Geschichte der Abwendung von Gehorsam, Pflicht und Unterordnung und der Zuwendung zu Formen des unkonventionellen Protests, des alternativen politischen Engagements und der direkten politischen Partizipation. Es ist dies die Geschichte der Abkehr von der Hoffnung auf Übereinstimmung, Gemeinschaftlichkeit und Konsens und der Einsicht in die unaufhebbare Interessendifferenz unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in der modernen Gesellschaft. Und es ist dies die Geschichte des Verlustes der eigenen Illusionen, der Preisgabe von Ganzheitsvorstellungen, Revolutionsemantik und utopistischem Pathos. All die Ansprüche, mit denen die '68er einst angetreten waren, werden nun von ihnen verworfen. Nun erkennen sie die Gestaltungsmöglichkeiten, die die parlamentarische Demokratie ihnen bietet, an. Nun würdigen sie die gesellschaftlichen Institutionen, Parteien, Gremien, Verbände und anderen Organisationen, die Gelegenheiten zur Mitwirkung an der Gesellschaft bereitstellen. Sie sind angekommen in der Wirklichkeit der bundesdeutschen Republik. Wenn sie von der Macht der obrigkeitsstaatlichen Tradition in Ostdeutschland, von der Harmoniesucht der Ostdeutschen und dem Rückfall in romantizistische Gesellschaftsutopien sprechen, dann reden sie eigentlich über ihre Überwindung dieser deutschen Untugenden.

Diese Überwindung ist die tragende Erfahrung der bundesdeutschen '68er Generation. Sie meint die Preisgabe des totalisierenden Anspruchs auf unbedingte Weltverbesserung, die Bereitschaft, sich auf die Unvollkommenheiten der bundesdeutschen Realität einzulassen und sie als verbesserungsfähig zu akzeptieren. Sie impliziert die Versöhnung von Ideal und Wirklichkeit, weil sie mit der Erfahrung und der Erwartung verbunden ist, *dass sich diese bundesdeutsche Gesellschaft verändern lässt*.

Die Bedeutung dieser Erfahrung lässt sich kaum überschätzen, denn die '68er sind inzwischen zu Meinungsführern geworden, die definieren, was die Bundesrepublik ist. Sie ist nicht der Staat des Wirtschaftsaufschwungs der Adenauerzeit, auch nicht der der politi-

schen Stagnation unter Helmut Kohl und noch nicht einmal der der sozialrevolutionären Unruhe der späten sechziger Jahre, sondern jener Staat, der über den kulturellen Aufbruch von 68 zu sich selbst gefunden hat, dessen Institutionen sich im Ansturm der '68er bewährt haben und durch diesen Ansturm geläutert wurden und der nun das ist, was er sein soll: kritikwürdig, reformierbar, zivil, demokratisch, plural und resistent gegenüber totalitären Versuchungen.

Für dieses Bild von der Bundesrepublik stehen die '68er ein, dieses Bild verteidigen sie, für die Möglichkeit der Aufrechterhaltung dieses Bildes kämpfen sie, denn die Bonner Demokratie soll bleiben, was sie einmal war. Und da stören die obrigkeitsorientierten, demokratieunerfahrenen, auf die Einhaltung des unauffälligen Maßes der Mitte bedachten Ostdeutschen. Ihnen muss die entscheidende Lernerfahrung der bundesdeutschen '68er Generation erst nahe gebracht werden: dass es darauf ankommt, sich in die Gesellschaft – wie es so schön heißt – einzubringen, sich von der Fixierung auf den Staat zu lösen, zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen, in die gesellschaftlichen Institutionen hineinzugehen, die Gesellschaft über die bereitstehenden Steuerungsmechanismen zu verändern und nicht an ihnen vorbei, nicht auf eine allumfassende Übereinstimmung in der Gesellschaft zu hoffen, sich von seinen unrealistischen Gesellschaftsutopien zu verabschieden und auf Verfahren zur Regelung von Konflikten zu vertrauen, die natürlich stets nur zu Kompromissen führen könnten, nicht zur Erfüllung aller Wünsche, also kurz gesagt, nicht eine Gerechtigkeit jenseits der gesellschaftlichen Realität zu fordern, sondern zu akzeptieren, dass es keine andere Gerechtigkeit gibt als den Rechtsstaat selbst. Ja, früher habe sie auch einmal einer Anarchistengruppe angehört, erzählt mir die inzwischen schon etwas gealterte Frau im engen Kostüm mit ihrer strengen rechteckigen Brille, aber heute habe sie begriffen, dass eine gewisse gesellschaftliche Ordnung unvermeidlich ist, wenn Innovation und Freiheit wachsen sollen. Es sei falsch anzunehmen, die Gesellschaft könne sich als ganze verändern. Das müssten wir doch im Osten eigentlich gelernt haben, dass sich eine Gesellschaft nicht von einem Zentrum her steuern ließe. Der Zusammenbruch des zentralistischen Staatssozialismus spreche hier doch eine eindeutige Sprache. Und ihr Kollege im bequemen, leger

geschnittenen Jackett aus weichem Leinen, der gewiss auch bereits die Mitte der fünfzig überschritten hat, ergänzt, ganzheitliche Gesellschaftsutopien seien ein Bestandteil reaktionärer Geschichtsphilosophien und gehörten auf den Index.

Ich fragte mich, warum sie mir das erzählten? Hielten sie mich für einen Kommunisten, der von seinen Träumen nicht lassen kann? War vielleicht in ihren Augen jeder DDR-Intellektuelle ein Linker, den es galt, über seine Irrtümer aufzuklären? Das gewiss auch. Aber hinter ihren Erzählungen steckte noch etwas anderes, als der Versuch, den Unwissenden aufzuklären. Sie wollten mir ihre Lernerfahrung mitteilen, aufgrund derer sie die Bundesrepublik schätzen gelernt hatten. Diese Lernerfahrung hat sie zu einem entmoralisierten und aufgeklärten Politikverständnis geführt, das sie durch die einbrechende Unkultur des Ostens wieder bedroht sehen.

Von dieser Lernerfahrung, die eine Nach-'68er-Erfahrung ist, aber gewissermaßen nur zustande kommen konnte auf dem Hintergrund der '68er Weltverbesserungsansprüche, beurteilen die '68er die DDR. Die Kategorien, mit Hilfe derer sie die DDR betrachten, entsprechen genau den Mustern, in denen sie sich selbst wahrnehmen. Weil sie selber die Erfahrung gemacht haben, dass es nötig ist, sich von der Obrigkeitsfixierung zu lösen, Utopien und das Gemeinschaftspathos aufzugeben, kritisieren sie die Ostdeutschen wegen ihrer Staatsfixierung, ihrer Institutionenskepsis und ihrem Festhalten am sozialromantischen Sozialismusbegriff.

Doch was sie an der DDR kritisieren, hat mit der DDR wenig zu tun. Das Problem, mit dem die Menschen in der DDR fertig werden mussten, kann nicht ausgedrückt werden durch die Differenz zwischen Obrigkeitshörigkeit und Mündigkeit oder durch die Differenz zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft oder gar die zwischen Utopie und Kompromissfähigkeit. Kompromisse musste man in der DDR ohnehin jeden Tag schließen; an die Verwirklichung von Utopien zu glauben, wäre nur um den Preis völligen Realitätsverlustes möglich gewesen. Gesellschaft gab es in der DDR nicht und konnte in ihr nicht angestrebt werden, da Gesellschaft allenfalls inszeniert wurde, aber, gedacht als öffentliche Kommunikation zwischen autonomen Akteuren, nicht zugelassen war. Und Mündig-

keit ließ sich in der DDR ohnehin nicht realisieren, und folglich ist es, wenn man erklären will, warum die Mehrheit der DDR-Bevölkerung den Anordnungen und Erwartungen des Staates folgte, auch nicht nötig, einen Einstellungsmodus wie Staatshörigkeit zu konstruieren. *Das Problem, mit dem man in der DDR fertig werden musste, bestand nicht in der Überwindung der Diktatur, dem Aufbrechen von gemeinschaftlichen Zwängen oder der Einführung intermediärer Organisationen, sondern darin, wie man angesichts der allumfassenden Kontrolle und Steuerung der Gesellschaft, angesichts der flächendeckenden politischen Überformung der Gesellschaft und ihrer Gleichschaltung ein Stück weit seine eigene Würde, seinen eigenen Stolz, seine Aufrichtigkeit und seine Selbstachtung bewahren konnte, ohne bei diesem Versuch sich zu sehr selbst zu schaden.*

Die meisten DDR-Bürger reagierten auf dieses Problem, indem sie sich in die private Nische zurückzogen. Dies bot ihnen sowohl die Möglichkeit, die Selbstachtung zu bewahren, als auch die, sich politisch unauffällig und loyal zu verhalten. Im öffentlichen Raum konnte man seinen Tribut an die Machthaber zollen, zweckrational handeln und den eigenen Vorteil im Auge behalten, im privaten Raum konnte man seine eigene Meinung äußern, den Staat kritisieren und sich als unabhängig erweisen. So war beides möglich, dass man sich klug verhielt, ohne dabei seine Seele zu verkaufen. Andere reagierten auf das benannte Problem durch Abwanderung. Nur wenige versuchten es zu lösen, indem sie sich darum bemühten, eine solche Kritik am System zu üben, die für die Machthaber hinnehmbar war. Diese unternahmen den Versuch, ihre eigene Position zur Sprache zu bringen und dabei gleichzeitig die Toleranzgrenze der Funktionäre im Auge zu behalten – kein leichtes Unterfangen, war es doch ständig durch die Gefahr bedroht, vor dem System geistig zu kapitulieren, oder aber durch die andere, den Bogen zu überspannen und den Repräsentanten des Systems zu viel zuzumuten. Zwischen Opposition und Selbstverlust bewegte sich diese Form der Problemlösung stets hin und her.

Zwei Reaktionsweisen waren indes nahezu ausgeschlossen: die Fundamentalopposition, die nicht nur weitgehend unmöglich war, sondern auch weitgehend zwecklos, und die vollständige Identifikation mit dem System, die einer Preisgabe der eigenen Identität und

einer Unterwerfung der eigenen Persönlichkeit unter das System gleichgekommen wäre.

Wenn wir so weit gekommen sind, zu begreifen, dass es in der DDR weder um die Schaffung der Demokratie oder des Rechtsstaates noch um den Aufbau intermediärer Organisationen und Institutionen oder um die Verwirklichung von sozialrevolutionären Utopien ging und gehen konnte, sondern – bestenfalls – um kleine Schritte der Veränderung, um die Bewahrung der eigenen Würde oder – hie und da, beileibe nicht immer und nicht an jedem Ort – um die Verteidigung der Wahrheit, können wir nunmehr die Frage stellen, welche Bedeutung die '68er Ereignisse für die DDR besessen haben und ob sie überhaupt eine Bedeutung besaßen.

Die Wirkung der '68er Ereignisse ist zunächst natürlich vor allem die Wirkung, die von der Niederschlagung des Prager Frühlings auf die DDR ausgegangen ist. Allerdings lässt sich die '68er Wirkung darauf nicht beschränken, denn auch die Ereignisse im Westen übten ihren unübersehbaren Einfluss auf die Menschen in der DDR aus. Die Niederschlagung des Prager Frühlings wurde in der DDR-Bevölkerung insgesamt wahrscheinlich vor allem als eine Bestätigung der Erfahrung von 1953 gesehen. Diese Erfahrung besagte, dass es unsinnig ist, gegen das übermächtige sowjetsozialistische System aufzubegehren, dass man nichts machen kann und die Gesellschaft unveränderbar ist.

Auf einzelne Gruppen der Bevölkerung wirkte die Niederschlagung des Prager Frühlings freilich nicht nur als Entmutigung politischen Engagements, sondern durchaus auch als Bestärkung der mit dem Prager Frühling entstandenen Hoffnungen. Insbesondere unter Akademikern, Linksintellektuellen, Künstlern, Schriftstellern, aber auch im Raum der Kirche und unter Oppositionellen lebte die mit dem Prager Frühling aufgekommene Hoffnung auf einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz auch nach seiner Niederschlagung weiter – ein paradoxes Phänomen, das es wohl nur in der DDR gab. In den anderen Ländern des Ostblocks war mit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag endgültig klar, dass dem Sozialismus als geistiger Bewegung keine Zukunft beschieden ist. Während in den Reformkreisen in Ungarn, Polen und in der Tsche-

choslowakei sich damit der Sozialismus diskreditiert hatte, behielt er in intellektuellen Kreisen der DDR seine Anziehungskraft. Dieses paradoxe Phänomen bedarf der Erklärung.

Eine mögliche Erklärung könnte darin liegen, dass aufgrund des höheren Wohlstandsniveaus in der DDR im Vergleich zu den anderen Staaten des sowjetischen Einflussgebietes der Sozialismus in der DDR noch als vitaler und innovationskräftiger eingeschätzt wurde als in den anderen kommunistischen Staaten. Ein weiterer Erklärungsgrund könnte in den mit dem bald nach 1968 erfolgenden Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker aufkommenden Hoffnungen auf einen liberalisierten und offeneren Sozialismus liegen. Am wahrscheinlichsten aber ist eine Erklärung, die auf den Einfluss des westlichen Stimmungswandels auf die DDR rekurriert. Denn mit dem kulturellen Wandel von 1968 erlangten antikapitalistische, sozialistische Ideen in der westlichen Öffentlichkeit eine höhere Akzeptanz, und es liegt nahe, dass genau dieser Wertewandel im Westen dazu beigetragen hat, die Attraktivität sozialistischer und antikapitalistischer Werte auch im Osten zu erhöhen.

Für den Bereich der evangelischen Kirche lässt sich dieser Zusammenhang unschwer rekonstruieren. Noch in den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre galten in den evangelischen Kirchen der DDR unzweifelhaft die Werte der westlichen Gesellschaft – Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde, Demokratie – als unhinterfragte Normen der Kritik an der DDR. Ab Mitte der sechziger Jahre aber treten sukzessive an die Stelle von Werten wie Freiheit, Demokratie, Recht oder Individualität Werte wie Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität – also kollektive Güter und damit Vorstellungen, die in einer gewissen Nähe zu den Ideen des Sozialismus standen. Natürlich hat zu dieser Umorientierung auch der Bau der Berliner Mauer nicht unerheblich beigetragen, der endgültig klarmachte, dass mit der DDR auf Dauer zu rechnen ist, und der die Kirchen zwang, sich auf die DDR einzulassen. Bestärkt aber wurde dieser Prozess der Annäherung an die DDR durch den Wandel des öffentlichen Diskurses, wie er in den westlichen Industrienationen und dabei insbesondere in der Bundesrepublik geführt wurde.

Aufgrund dieses Wandels verloren die Werte der bürgerlichen Gesellschaft an Gültigkeit und rückten in den modernen Industriestaaten in den Status fragwürdiger Übereinkünfte ein. Nicht mehr ein unbefragter Fortschrittsoptimismus dominierte, vielmehr breitete sich ein kritisches Bewusstsein über die prekären Folgewirkungen der Modernisierung aus. Die Grenzen des Wachstums wurden entdeckt, der Frieden als bedroht wahrgenommen, die Armut in den Ländern der Dritten Welt als strukturelles Problem im Verhältnis zwischen den reichen Ländern des Nordens und den armen Ländern des Südens begriffen. In allen diesen Fällen erklärte man die Probleme als ungewollte Folgewirkungen der Modernisierung der Gesellschaften und äußerte zugleich Zweifel an der Problemlösekapazität der modernen Gesellschaften, also an ihrer Fähigkeit, die durch sie verursachten Probleme auch selbst zu lösen. Die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen erhielt eine überraschende Aktualität. Hinzu kam das mit neomarxistischen Versatzstücken hantierende revolutionäre Pathos der jungen Generation, deren kämpferisches Aufbegehren auf einen umfassenden Umbau der erstarrten Gesellschaft zielte.

Diese umfassende Modernitätskritik, wie sie in Westdeutschland geübt und über die Massenmedien verbreitet wurde, blieb für den Osten Deutschlands nicht ohne Folgen. Dort nahm man in breiten Kreisen der Bevölkerung diese Kritik auf und überführte sie in ein positiveres Verhältnis zur Ideologie der Machthaber, von der man bislang nicht allzu viel gehalten hatte. Die Vertreter der Kirchen in der DDR etwa fühlten sich in dem Maße, wie in den westlichen Kirchen Tendenzen der Zivilisationskritik überhand nahmen, legitimiert, nun auch ihrerseits von bürgerlichen Werten abzurücken. Es war paradoxerweise die Kritik des Westens an sich selbst, die die politische Zurückhaltung der bislang reservierten Teile der evangelischen Kirche aufzusprengen und ihre Annäherung an die DDR und ihre Staatsideologie zu befördern vermochte. Nun musste man sich gegen die Zumutungen des DDR-Systems nicht mehr länger mit aller Macht wehren, sondern konnte den Forderungen des Staates auch einmal entgegenkommen, ihnen in ihrer Kritik an den westlichen Zuständen Recht geben und dabei sogar ein gutes Gewissen haben. Wenn man erklärte, dass der Kapitalismus nicht die

Lösung der Menschheitsprobleme darstelle, wiederholte man ja nur, was im Westen längst konsensfähig war. – Ein Schurke, wer Böses dabei dachte. Nein, man hatte sich nicht angepasst, man befand sich ja in Übereinstimmung mit einer breiten Stimmung in den Kirchen und in der Öffentlichkeit des Westens. Die Selbstkritik des Westens bot den sich lange Zeit verweigernden Kritikern des DDR-Systems die Gelegenheit, die kognitive Dissonanz, unter der sie jahrelang gelitten hatten, aufzulösen und nun auch geistig jenes Sicheinlassen auf das System nachzuvollziehen, das im tagtäglichen Umgang mit den Machthabern längst unausweichlich geworden war. Die Kapitalismuskritik war eine Form der Lösung des Grundproblems der DDR-Bürger: sich an die Erwartungen des Systems anzupassen und dabei gleichzeitig seine Würde und Aufrichtigkeit zu bewahren.

Viele Theologen und Pfarrer blieben dem Gedankengut der westlichen Zivilisationskritik, wie es 1968 an die Oberfläche der öffentlichen Debatten gespült wurde, auch viele Jahre danach noch innerlich verpflichtet. Während im Westen Deutschlands, nicht zuletzt bei den '68ern selbst, ein langsamer Umorientierungsprozess einsetzte und man die Vorzüge der parlamentarischen Demokratie mit ihrer Verpflichtung auf Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit schätzen lernte, verinnerlichte man im Osten die modernitätskritische Attitüde der '68er und pflegte sie selbst dann noch, als der Westen sich längst wieder von ihr getrennt hatte. Was den Ostdeutschen fehlte, das waren eben die positiven Erfahrungen mit dem westlichen System der Demokratie und Marktwirtschaft, die viele seiner ehemaligen Kritiker im Westen hatten machen können.

Es ist daher nicht erstaunlich, dass selbst Ende der achtziger Jahre der Typ des '68ers unter den Pfarrern in der DDR noch auffindbar war. In einer Untersuchung, die ich 1988 gemeinsam mit einigen Studenten in der Leipziger Pfarrerschaft durchgeführt habe, ließen sich in einem Spektrum unterschiedlichster Einstellungen an den Extrempolen zwei einander entgegen gesetzte Typen nachweisen: der Typ des westorientierten neokonservativen Bürgerlichen und der des '68ers. Der neokonservative Typ zeichnete sich aus durch eine umfassende Bejahung der Moderne – in unserer Untersuchung vor allem festgemacht am Prinzip des Individualismus und des Rationalismus –, durch ein positives Verhältnis zur Institution Kirche, durch

eine Distanz zu den politisch alternativen Friedens-, Umwelt-, Frauen- und Menschenrechts-Gruppierungen am Rande der Kirche sowie durch eine Befürwortung der Öffentlichkeitswirksamkeit von Kirche. Kennzeichen des '68er Typs waren hingegen eine deutliche Kritik an der Moderne, zumeist verbunden mit der Aufforderung zur gesellschaftlichen Umkehr, ein kritisches Verhältnis zur Kirche, insbesondere zur Kirchenleitung (wie überhaupt Institutionen eher skeptisch beurteilt wurden), eine Bejahung des Anliegens der politisch alternativen Gruppierungen, eine Befürwortung der Idee des Sozialismus bei gleichzeitiger Bereitschaft zum eigenen kritischen politischen Engagement und ein positives Menschenbild. Die Angehörigen des ersten Typs waren zumeist deutlich über 50 Jahre alt, die anderen gehörten in der Regel der Generation der zwischen 1940 und 1950 Geborenen an.

Auch in den oppositionellen Gruppierungen lässt sich der Typ des '68ers nachweisen. Er unterscheidet sich von den jüngeren Mitgliedern der politisch alternativen Gruppen, die oft aktionistisch orientiert waren und auf die gesellschaftlichen Verhältnisse unmittelbar Einfluss nehmen wollten, dadurch, dass sie ihre politische Arbeit theoretisch zu begründen versuchten, an gesellschaftlichen Utopievorstellungen festhielten und in ihrem Auftreten gegenüber den jüngeren Gruppenmitgliedern oft dogmatisch argumentierten und eine gewisse Intoleranz an den Tag legten.

Auch wenn sich in einzelnen Gruppen der DDR-Bevölkerung der Einfluss von '68er Ideen aufzeigen lässt – ergänzen könnte man hier die Wirkung der '68er Ereignisse auf die jungen Reformer in den Akademien und Universitäten in der DDR –, so muss man insgesamt doch festhalten, dass die DDR durch die Aufbruchsbewegung von 1968 nur schwach beeinflusst worden ist. Anders als in breiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung hat sich in der DDR kein zivilgesellschaftliches Bewusstsein, kein partizipatives Politikverständnis und keine Kultur des kritischen Diskurses herausgebildet. Dass diese zivilgesellschaftlichen Elemente nicht entstanden sind, hat aber nichts damit zu tun, dass es ein 1968 in der DDR nicht gegeben hat oder dass die Ostdeutschen obrigkeitlich orientiert sind und den Wert der Demokratie nicht zu schätzen wissen. Umgekehrt. 1968 konnte es in der DDR nicht geben, weil die politischen

Machtverhältnisse dies nicht zuließen, und ob die Ostdeutschen nicht dennoch autoritätskritisch, gesellschaftsoffen und utopieskeptisch eingestellt sind, ist eine offene Frage. Die Ereignisse von 1989 zeigen jedenfalls, dass auch in der ostdeutschen Bevölkerung eine beachtliche demokratische Potenz steckt und dass die deutsche Tradition der unpolitischen Untertanenkultur zwar zum Interpretationsarsenal der '68er gehört, aber das Handlungsrepertoire der Ostdeutschen kaum beeinflusst. Kulturelle Modernisierungs- und Liberalisierungsprozesse müssen in der Zeit zwischen Anfang der sechziger und Ende der siebziger Jahre, wenn auch weniger intensiv und weniger offensichtlich als im Westen, auch im Osten Deutschlands abgelaufen sein. Sonst hätte es niemals zu einer so breiten Demokratiebewegung wie der von 1989 kommen können.

In einem allerdings unterscheiden sich die Ostdeutschen nach wie vor von den Westdeutschen. Selbst wenn sie die Demokratie vielleicht im gleichen Maße wie diese schätzen – und die verfügbaren Daten aus Bevölkerungsumfragen sprechen für diese Annahme –, so haben sie doch eine geringere Meinung von den Einflussmöglichkeiten des Individuums auf die Gesellschaft, ja auf sein eigenes Leben. Die Erfahrungen in der DDR haben ihnen ein tief sitzendes Bewusstsein von der relativen Bedeutungslosigkeit des einzelnen vermittelt. Und die Veränderungen nach 1989, ausgenommen allein die wenigen Monate des Umbruchs selbst, waren auch nicht dazu angetan, ihnen dieses Bewusstsein zu nehmen.

1968 im Alter von 12 Jahren war ich übrigens gemeinsam mit meiner Familie in Prag, und zwar im August 1968. Die einrückenden sowjetischen Panzer habe ich nicht gesehen. Wir sind genau in der Nacht über die tschechische Grenze in die DDR zurückgefahren, als die Panzer in Prag einrückten. Erlebt aber habe ich den kulturellen Aufbruch in dieser Zeit. Ich kann mich erinnern, wie mein Vater gemeinsam mit meiner Mutter, mir und meiner Schwester von einem tschechischen Schriftsteller zum andern fuhr und mit ihnen über ihre Arbeiten, ihre Gedichte und Essays redete. Meist kamen wir unangemeldet, da es nicht die Sache meines Vaters war, seine Aktivitäten lange im Voraus zu planen. So saßen wir dann bei Menschen, die wir zuvor nie gesehen hatten und die wohl auch von uns vorher nie etwas gehört hatten, zu viert an sauber gedeckten Tischen

und aßen unseren Gastgebern das Schnitzel fürs Wochenende weg. Meiner Mutter war das ungemein peinlich, aber mein Vater interessierte das nicht. Er hatte sich vorgenommen, wichtige Leute aus der kulturellen Szene der Tschechoslowakei zu besuchen und Kontakte zu knüpfen. Alle, die wir besuchten, sprachen ausgezeichnet deutsch und waren sehr höflich zu uns. Sie zeigten uns ihre Veröffentlichungen – meist in westlichen Zeitschriften – und nahmen sich Zeit für uns. Außerdem hatte sich mein Vater vorgenommen, Tschechisch zu lernen, um eine moderne Oper aus dem Tschechischen ins Deutsche zu übersetzen – was den Effekt hatte, dass wir auf unserer als Ferienreise geplanten Familienunternehmung nicht so recht vorankamen, denn mein Vater blieb an jedem tschechischen Schild stehen und konnte erst weitergehen, wenn er es übersetzt hatte.

Auf einem unserer Ausflüge von Prag in die Slowakei kamen wir so nah an die tschechisch-österreichische Grenze heran, dass vor uns ein Schild auftauchte, das verkündete: bis Wien noch 50 km. Daraufhin fuhr mein Vater rechts an den Straßenrand, stoppte und erklärte, wenn er denen an der Grenze erklärte, wer er sei – offenbar hielt er sich für einen bedeutenden Oppositionellen –, würden die ihn rüber lassen. Meine Mutter beschwor ihn, dies nicht zu tun, sie weinte und geriet in Panik. Instinktiv stand ich auf Seiten meiner Mutter. Die Zukunft unserer Familie stand in diesem Augenblick auf dem Spiel. Aus irgendeinem mir nicht mehr erinnerlichen Grunde bog mein Vater, als er wieder anfuhr, jedoch nicht nach links, sondern nach rechts ein, wo es zurück nach Prag ging. Und am Ende unseres Urlaubs führen wir mit unserem Trabi als ganz normale Familie wieder zurück in die schöne, windgeschützte DDR.